

ANTRAG

der Fraktionen der SPD und Die Linke

Durchlässigkeit stärken – Zugänge für beruflich Qualifizierte in der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern ermöglichen

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest,

1. dass sich die Fachkräftesituation im öffentlichen Dienst in den kommenden Jahren aufgrund der demografischen Entwicklung weiter verschärfen wird. Die Herausforderung besteht darin, ausreichend qualifizierte Nachwuchskräfte zu gewinnen und das Bestandspersonal besser zu fördern. Hierbei ist es wichtig, alle vorhandenen Potenziale auszuerschöpfen und qualifizierten beruflichen Bildungsabschlüssen gerecht zu werden.
2. dass berufliche und akademische Bildungswege nicht gleichartig, aber gleichwertig sind. Diese Gleichwertigkeit sollte sich auch in der Personalentwicklung und in den Zugangswegen zur Landesverwaltung niederschlagen – ohne pauschale Gleichstellung, sondern durch gezielte Öffnung und Weiterentwicklung vorhandener Instrumente.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. auf eine Abstimmung mit dem Bund und den Ländern hinzuwirken, um im Sinne des Deutschen Qualifikationsrahmens die Zugänge zu den Beamtenlaufbahnen gemeinsam zu erweitern und so die länderübergreifende Mobilität und Laufbahndurchlässigkeit im öffentlichen Dienst zu fördern.
2. ein Konzept zu erarbeiten, das die Vereinfachung der Beschäftigungsmöglichkeiten für Personen mit beruflicher oder akademischer Qualifikation im Landesdienst zum Ziel hat und die dazu notwendigen Schritte zur Anpassung der rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen darlegt.
3. die Laufbahnverordnung daraufhin zu überprüfen, ob und wie höherqualifizierende Berufsabschlüsse und Weiterbildungen für die Erlangung der Laufbahnbefähigung stärker berücksichtigt werden können. Hierzu sollen auch die Möglichkeiten von Teillaufbahnbefähigungen oder besonders auf diesen Personenkreis zugeschnittenen Qualifizierungsmaßnahmen geprüft werden.

4. die durch die Eingruppierungsregelungen des Tarifrechts eröffneten Möglichkeiten, um unterschiedliche Bildungsabschlüsse und Qualifikationen zu berücksichtigen, konsequenter zu nutzen.
5. die vorgenannten Maßnahmen in bestehende Personalgewinnungs- und Informationskampagnen des Landes aufzunehmen, um sowohl potenzielle Bewerberinnen und Bewerber als auch personalführenden Stellen in der Landesverwaltung über neue Zugangsmöglichkeiten aufzuklären.
6. bei allen vorgenannten Maßnahmen sicherzustellen, dass die tarifrechtlichen Vorgaben des TV-L und die Prinzipien der Tarifautomatik gewahrt bleiben. Die Entwicklung eines Konzeptes soll sich auf die Erhöhung der Durchlässigkeit und auf die Nutzung bestehender tarif- und laufbahnrechtlicher Möglichkeiten konzentrieren, ohne eine strukturelle Veränderung der Entgeltordnung oder eine unmittelbare Gleichstellung von Abschlüssen zu intendieren.

Julian Barlen und Fraktion

Jeannine Rösler und Fraktion

Begründung:

Abschlüsse, wie Meister/-in (Bachelor Professional), Fachwirt/-in oder Betriebswirt/-in, sind im Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) auf Niveau 6 eingestuft und damit hinsichtlich der Anforderungen an Kompetenzen, die zur Planung, Bearbeitung und Auswertung von umfassenden fachlichen Aufgaben- und Problemstellungen sowie zur eigenverantwortlichen Steuerung von Prozessen benötigt werden, mit akademischen Abschlüssen vergleichbar.

Diese Einstufung hat zwar keine unmittelbare Rechtswirkung, sie signalisiert aber ein Potenzial, das bislang im Landesdienst nur unzureichend ausgeschöpft wird. Bereits heute existieren mit § 17 des Landesbeamtengesetzes und den Vorschriften der Allgemeinen Laufbahnverordnung Möglichkeiten, auch beruflich Qualifizierten Zugang zu höheren Laufbahnen zu eröffnen. Diese sollten transparenter und aktiver genutzt werden.

Ziel ist es nicht, die bewährten Standards für den Zugang zum öffentlichen Dienst zu unterlaufen, sondern sie intelligent weiterzuentwickeln – z. B. durch Teillaufbahnbefähigungen, besonders auf diesen Personenkreis zugeschnittene Qualifizierungsmaßnahmen oder gezielte Aufstiegsmaßnahmen für Tarifbeschäftigte mit beruflicher Höherqualifikation.

Ein solcher Ansatz stärkt die Fachkräftesicherung, erhöht die Durchlässigkeit des Systems und trägt zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Anerkennung beruflicher Bildung bei. Mecklenburg-Vorpommern kann in Abstimmung mit dem Bund und anderen Ländern ein wichtiges Signal setzen, dass es auf Kompetenz, nicht nur auf formale Abschlüsse ankommt.

Die Weiterentwicklung des öffentlichen Dienstes findet zunehmend im länderübergreifenden Kontext statt. Bereits heute bestehen enge Abstimmungen zwischen den norddeutschen Ländern zur Harmonisierung von Laufbahnvoraussetzungen. Vor diesem Hintergrund kommt der bundespolitischen Initiative zur Verrechtlichung des DQR eine besondere Bedeutung zu. Der Koalitionsvertrag auf Bundesebene hebt ausdrücklich hervor, dass der DQR als Instrument für Transparenz und höhere Durchlässigkeit im öffentlichen Dienst zur Stärkung der Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung beitragen soll. Mecklenburg-Vorpommern sollte diesen Prozess mitgestalten und dabei bestehende Spielräume aktiv nutzen.

Zugleich ist dies auch ein Anliegen im Sinne der Bürgerinnen und Bürger: Wer sich über lange Wartezeiten auf Bauanträge, Elterngeldbescheide oder Pflegeleistungen ärgert, spürt unmittelbar den Fachkräftemangel in der Verwaltung. Mehr beruflich qualifizierten Menschen den Zugang zum öffentlichen Dienst zu ermöglichen, bedeutet zugleich eine Stärkung der staatlichen Leistungsfähigkeit gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Eine durchlässigere Verwaltung trägt dazu bei, Entscheidungswege zu beschleunigen, Verfahren praxisnäher zu gestalten und somit das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit staatlicher Institutionen zu festigen. Der öffentliche Dienst gewinnt, wenn er nicht nur auf formale Bildungsabschlüsse, sondern verstärkt auf nachgewiesene berufliche Kompetenzen und Erfahrungen setzt.

Für den Landeshaushalt entstehen durch diese konzeptionellen und strukturellen Maßnahmen keine zusätzlichen Kosten, da es um gezielte Nutzung und Weiterentwicklung bestehender Regelungen und Strukturen geht.